

Umstrittenes Projekt geht nicht voran

Auch drei Jahre nach der Abweisung der Klage tut sich an der Bühler Raststätte wenig

Von unserem Redaktionsmitglied
Ulrich Coenen

Sinzheim/Bühl. Gut Ding will Weile haben. Die Erweiterung der Autobahnraststätte Bühl, die vor einem halben Jahrhundert offiziell eröffnet wurde (der ABB berichtete in seiner Samstagsausgabe), kommt nicht voran. Uwe Herzel, Pressesprecher des Regierungspräsidiums Karlsruhe, erklärte gestern auf Anfrage dieser Zeitung, dass die Submission inzwischen erfolgt ist. Seine Behörde prüfe aktuell die eingegangenen Angebote.

Wie bereits mehrfach berichtet, soll die umstrittene Erweiterung das Stellplatzangebot für Fernfahrer deutlich erhö-

Bauarbeiten sollen am Jahresende beginnen

hen. Denen stehen seit der Eröffnung 1965 lediglich 19 Plätze zur Verfügung. Das Angebot reicht vor allem nachts nicht aus. Nach der Erweiterung, die sich auf Sinzheimer Gemarkung erstrecken wird, wächst die Zahl der Lkw-Stellplätze auf 128.

Herzel geht davon aus, dass die Bauarbeiten zum Jahresende beginnen werden. Ein Datum für die Fertigstellung will er trotzdem nicht nennen. Es gebe bei diesem Projekt Unwägbarkeiten, meint er. „Es kommt darum an, ob wir Ende des Jahres wirklich loslegen können“, sagt der Pressesprecher. „Möglicherweise klagt ja jemand gegen die Vergabe.“

Karl Leo Knopf, Schriftführer der Bürgervereinigung Halberstung, beobachtet das Projekt mit Skepsis. Schließlich erstreckt sich der neue Parkplatz auf die Gemarkung des Sinzheimer Ortsteils. „Man hat uns Halberstungen vor Monaten und Jahren vorgeworfen, wir würden durch unsere Einwendungen und Sonderwünsche die Entwicklung blockieren, die Verkehrssicherheit



OHNE DACH: Die Halle der Rosengärtnerei ist inzwischen abgedeckt. Sie soll der Erweiterung der Autobahnraststätte Bühl weichen, die Ende des Jahres beginnen soll.

Foto: pr

sei wegen übermüdeter Lkw-Fahrer in Gefahr“, konstatiert er. „Obwohl seit August 2012, also seit fast drei Jahren, unsere Klage gegen den Lkw-Großparkplatz an dieser Stelle rechtskräftig abgewiesen ist, geht nichts, oder nur ganz wenig vorwärts.“

Das ist für Knopf schwer nachvollziehbar. Er verweist auf die Stationen des langwierigen Verfahrens. Bereits am 18. November 2009 sei die Einwendungsfrist gegen das Planfeststellungsverfahren zu Ende gegangen, am 29. September 2010 gab es den Erörterungstermin in der Sinzheimer Fremersberghalle.

Knopf erinnert an den April 2011, als der Planfeststellungsbeschluss gefasst wurde. „Ohne Berücksichtigung der vielen Einwendungen und Alternativvorschläge aus der Bevölkerung“, klagt er.

Die Konsequenz war aus seiner Sicht, dass am 14. Juni 2011 Anfechtungsklage erhoben wurde. Am 7. August 2012 war der Termin vor dem Verwaltungsgericht in Mannheim. Am 22. August 2012 wurde die Klage abgewiesen.

Im Februar 2013 führte das Regierungspräsidium Karlsruhe nach Auskunft von Knopf Verhandlungen mit den Eigentümern noch fehlenden Privat-

grundstücke. „Seither könnten die dringend benötigten Lkw-Parkplätze gebaut werden, jedoch es geht nichts vorwärts“, stellt er fest.

Kleine Schritte kann Knopf aber feststellen: „Immerhin hat Ende März der ehemalige Eigentümer der Rosengärtnerei das Dach der Halle abgedeckt, um die Trapezbleche andernorts zu verbauen und Anfang Juni wurden die gemauerten Umfassungswände der Halle abgebrochen. Der Rest des Betriebsgebäudes (ehemals Sozialräume und Büro) steht noch immer auf dem künftigen Großparkplatzareal.“

Diskuss PFC-Eir

Von unserem Redakt
Bernd Kappler

Baden-Baden. Die Bürgermeister Mich jüngsten Gemeindefraktion künftig bei der Trindas per Umkehrosmosis PFC als Konzentrat in die Leitung damit wieder in den Lauf zurückgegeben zieht weitere Kreise.

Die FBB-Fraktion wehrt sich in eine „entschieden gegen wie die Stadt Baden Problem lösen will.“ mit erheblichen Kosten dem Trinkwasser he könnte man doch nic

Hoffe die Wisse

gen seinem Nachbarn kippen.

Die FBB-Fraktion in einem Brief an Winfried Kretschmer empfiehlt dem Land Anordnung gegen die Auch die Grünen im derat haben keinerlei das Baden-Badener statt würden sehr we eingesetzt, die das G

Die Stadtverwaltung zwischenzeitlich. Es entschieden, erklärte der Stadtsprecher Rzeit würden Abstimmen dem Regierungspräsidenten Wasserbehörde. „Wir stehen am Anfang keine Lösung.“

Das Problem sei, d land derzeit keinen einen Lösungsweg Pressesprecher Roland fest: „Wir können n schaft hoffen.“